

# Öffnet die Grenzen!

**Chancengleichheit ist die Basis einer gerechten Gesellschaft. Sie darf daher kein Privileg für Bürger reicher Staaten sein. Ein Plädoyer für eine liberalere Einwanderungspolitik**

TEXT: ROBIN DROEMER

**M**indestens 23 000 Flüchtlinge verloren im europäischen Raum seit dem Jahr 2000 ihr Leben. Ein Großteil starb bei dem Versuch, Europas Außengrenzen über das Mittelmeer zu erreichen. Neben dem Tod durch Ertrinken riskieren die Flüchtlinge, in den engen Frachträumen zu ersticken oder von Kriminellen erstochen zu werden. Junge Mädchen berichten, teilweise mehrfach vergewaltigt worden zu sein. Doch trotz des hohen Risikos und geringer Chancen auf Aufnahme ebbt der Ansturm nicht ab. Dieses Jahr erreichten bereits 100 000 Flüchtlinge Italien. Letztes Jahr waren es insgesamt lediglich 43 000. Der richtige Umgang mit Immigranten ist für die westliche Welt eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Doch Einwanderung ist ein heikles politisches Thema. Kein seriöser Politiker fasst es gern an, weil man sich leicht die

Finger verbrennt. Lediglich das Spiel mit der Angst bringt noch Wählerstimmen, wie die letzte Wahlkampagne der CSU gegen angebliche Sozialschmarotzer bewies. Doch das Thema ist zu wichtig, um es Populisten zu überlassen. Wir brauchen einen Diskurs über Einwanderung, der sich nicht von alltagspolitischem Kalkül verfälschen lässt und der sich nicht scheut, auch über die tieferliegenden moralischen Aspekte nachzudenken. Dazu zählen Fragen wie: Ist es wirklich moralisch vertretbar, friedliche Menschen mit (Waffen-)Gewalt an der Einreise zu hindern? Und wie gerecht sind Einwanderungsbeschränkungen überhaupt? Kant behauptete schon vor zweihundert Jahren, dass ursprünglich niemand »an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere«. Leider entspricht dieser Satz nicht der modernen Rechtslage. Aus völkerrechtlicher Sicht steht es souveränen Staaten frei, Menschen an ihren Grenzen abzuweisen. Bürger hingegen genießen in der Regel das »Recht auf Freizügigkeit« im gesamten Staatsgebiet – also das Recht, ihren Wohn- und Aufenthaltsort frei zu wählen. Durch diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Außenstehende erzeugen wir eine Art Neo-Feudalismus: Der Staatsbürgerstatus einer Industrienation avanciert so

## Leitartikel

zum modernen Äquivalent des mittelalterlichen Adelstitels – er ist nichts anderes als ein ererbtes Privileg, das dem Träger eine Vielzahl an Chancen eröffnet. In einem armen afrikanischen Land geboren zu sein, entspricht hingegen dem Status der unteren Klasse. Diesen Menschen fällt es oft schwer, den eigenen Plan vom guten Leben umzusetzen. Innerhalb Deutschlands streben wir nach Chancengleichheit. Wir halten es für richtig, dass Menschen nicht aufgrund zufälliger Faktoren (wie Hautfarbe, Geschlecht oder Einkommen der Eltern) schlechter gestellt werden. Wir halten es ebenso für richtig, dass Menschen ihre gesellschaftliche Stellung nicht ihrer Herkunft verdanken, sondern sie sich durch Talent und Arbeit verdienen. Wieso sollte Chancengleichheit jedoch nur innerhalb eines Staates moralisch richtig sein? Wenn wir Chancengleichheit in Europa so schätzen – und zugleich die Prämisse zugrunde legen, dass alle Menschen gleichwertig sind –, müssten wir uns für globale Chancengleichheit einsetzen.

Manche Staaten eröffnen ihren Bürgern jedoch weit mehr Möglichkeiten als andere. Daher ist Chancengleichheit untrennbar an das Recht auf Freizügigkeit gebunden. Riegelt ein Staat seine Grenzen ab, versperrt er anderen den Zugang zu seinen Möglichkeiten. Einwanderungsbeschränkungen tragen also maßgeblich dazu bei, einen feudalen »Adel der Chancen« (Jürgen Habermas) zu erhalten.

Dass dieses System ungerecht ist, folgt aus allen gängigen Gerechtigkeitsphilosophien. In John Rawls' (1921–2002) berühmtem Gedankenexperiment etwa einigen sich die Menschen einer fiktiven Gesellschaft im Urzustand auf Prinzipien, die ein gerechtes Zusammenleben garantieren sollen. Zum Zeitpunkt der Einigung weiß jedoch niemand der Beteiligten um seine eigene gesellschaftliche Stellung – so entscheiden alle möglichst allgemeingültig. Dehnt man diesen Urzustand auf die gesamte Welt aus, würde sich wohl niemand für eine feudalistische Ordnung aussprechen – schließlich müsste jeder befürchten, Bürger eines armen Staates zu sein.

Utilitaristen dagegen beurteilen den moralischen Status einer Handlung, indem sie deren Nutzen berechnen. In Bezug auf eine Öffnung der Grenzen müssten sie in ihrem Kalkül neben den Interessen der Staatsbürger jedoch auch die Interessen der potenziellen Einwanderer berücksichtigen. Die Verbesserung der Lage unzähliger Menschen, die in extremer Armut leben, würde einen Wohlstandsverlust der Industrienationen dabei deutlich überwiegen. Und auch in

Jeden Tag nehmen wir Menschen die Chance auf ein besseres Leben. Diese Mitschuld an globaler Armut lässt sich nicht bestreiten.

einem libertären Gerechtigkeitsentwurf wäre die strenge Kontrolle der Grenzen nicht gerechtfertigt, denn sie nehmen einer Vielzahl arbeitswilliger Menschen die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Kooperation. Staatsbürger besitzen demnach einen irregulären Wettbewerbsvorteil. Offensichtlich ist Neo-Feudalismus moralisch nicht zu rechtfertigen.

Das heißt aber nicht, dass die Öffnung der Grenzen ein Allheilmittel im Kampf gegen globale Ungerechtigkeit wäre. Viele Menschen besitzen nicht die Ressourcen, um auszuwandern, selbst wenn sie es gern täten. Und auch das weltweite Armutsproblem wäre nicht gelöst. Trotzdem brauchen wir eine Liberalisierung der Einwanderungspolitik. Die Aufhebung des mittelalterlichen Feudalismus bedeutete zwar nicht das Ende der Armut. Doch sie ebnete den Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, indem sie unfaire soziale Hierarchien zerschlug.

Zwar ist umstritten, inwiefern reiche Staaten wirksam gegen Armut in anderen Staaten vorgehen können. Doch umso wichtiger ist ein Umdenken in Bereichen, die nachweislich ihren Teil zur Armut beitragen. Jeden Tag verweigern wir Menschen ein Leben innerhalb unserer Grenzen und nehmen ihnen so die Chancen auf ein besseres Leben. Diese Mitschuld an globaler Armut lässt sich nicht bestreiten.

---

ROBIN DROEMER wurde in seinem Leben schon oft von Grenzbeamten verhört.